

# SWP-Aktuell

NR. 30 JUNI 2026

## Kolumbien als klima- und energiepolitischer Vorreiter

Anforderungen an deutsche und europäische Kooperation

*Jule Könneke*

Kolumbien hat sich unter Präsident Gustavo Petro international als Vorreiter im Klimaschutz und einer gerecht gestalteten Abkehr von fossilen Energieträgern positioniert. Petros Klima- und Energiepolitik setzt unter anderem auf angebotsseitige Maßnahmen zur Begrenzung fossiler Energieträger. Dies ist nahezu einzigartig unter denjenigen Ländern des Globalen Südens, die – wie Kolumbien – fossile Brennstoffe exportieren. Zugleich war Petro nur begrenzt darin erfolgreich, diese Agenda im eigenen Land umzusetzen. Die Präsidentschaftswahl 2026 wird über die Zukunft seines Reformkurses mitentscheiden. Ob die Transformation in Kolumbien gelingt, ohne kurzfristig wirtschaftliche Stabilität, Versorgungssicherheit und sozialen Zusammenhalt zu gefährden, ist relevant für viele Länder, die fossile Energieträger exportieren und nur begrenzten fiskalischen Spielraum haben. Daher verfolgen sie aufmerksam, ob und unter welchen Bedingungen Deutschland und die Europäische Union (EU) die Transformation in Kolumbien unterstützen. Ein Scheitern hätte politische Bedeutung über Kolumbien hinaus.

Kolumbiens Präsident Gustavo Petro vom Linksbündnis Pacto Histórico hat seit seinem Amtsantritt 2022 einen Reformkurs von großer Tragweite eingeschlagen. Er hat die politische Gestaltung einer gerechten Energiewende und Fragen sozialer Teilhabe national wie international mit hoher Sichtbarkeit auf die politische Tagesordnung gesetzt. Kolumbien selbst steht vor beträchtlichen Herausforderungen: Das Land ist wirtschaftlich und fiskalisch weiterhin stark abhängig vom Erlös aus dem Export fossiler Energieträger und den damit verbundenen Deviseneinnahmen. Konflikte um Land, Ressourcen und territoriale Kon-

trolle bestehen trotz des 2016 geschlossenen Friedensabkommens mit der Guerillabewegung Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee (FARC-EP) fort; insbesondere in ländlichen Räumen bleibt die Sicherheitslage durch die Präsenz bewaffneter Gruppen fragil. Kolumbiens fiskalischer Spielraum ist durch hohe Schulden, gestiegene Zinsen und ungünstige Finanzierungsbedingungen begrenzt.

Internationale Rahmenbedingungen engen Kolumbiens Möglichkeiten zusätzlich ein. Petros Entscheidung, keine neuen Verträge für die Exploration fossiler Brennstoffe mehr zu vergeben, wurde von Ratingagen-



turen und Investoren negativ bewertet. Dadurch verteuert sich Kapital gerade in einer Phase, in der Kolumbien erhebliche zusätzliche Mittel benötigt, um neue Wirtschaftssektoren und neue staatliche Einnahmequellen zu erschließen, sein Exportprofil anzupassen und die Energiematrix zu diversifizieren.

Der Umgang mit diesen Herausforderungen in Kolumbien ist in zweierlei Hinsicht für den Fortgang der internationalen Klimaschutzbemühungen und der globalen Energiewende relevant. Erstens: Können die Dekarbonisierung des heimischen Energie- und Stromsystems und parallel dazu die Verringerung der Abhängigkeit des Exports und der Staatseinnahmen von fossilen Energieträgern in einem Schwellenland gelingen, das vor Herausforderungen steht, die viele Länder des Globalen Südens teilen – Abhängigkeit von Rohstoffexporten, begrenzte fiskalische Spielräume, hohe Ungleichheit und fragile Sicherheit? Zweitens: Ist die dafür benötigte internationale Unterstützung in ausreichendem Umfang und zu finanzierbaren Bedingungen vorhanden?

Da Präsident Petro nicht noch einmal antreten darf, steht Kolumbien 2026 ein Regierungs- bzw. Machtwechsel bevor. Dieser wird zeigen, wie belastbar der klima- und energiepolitische Kurs des Landes über Petros Amtszeit hinaus ist. Am 8. März 2026 fanden Kongresswahlen statt, die eine polarisierte und fragmentierte politische Landschaft offenbarten: Sowohl das linke als auch das rechte Lager haben Sitze hinzugewonnen, ohne dass eine politische Kraft allein regierungsfähig ist. Am 31. Mai 2026 folgte die erste Runde der Präsidentschaftswahl. Nach dem vorläufigen Ergebnis liegt der rechte Law-and-Order-Oppositionskandidat Abelardo de la Espriella mit rund 44 Prozent der Stimmen vor Iván Cepeda vom linken Pacto Histórico, der sich als Nachfolger Petros versteht und auf knapp 41 Prozent kommt; beide treten am 21. Juni in der Stichwahl gegeneinander an. Unabhängig vom Wahlausgang ist nicht von einer vollständigen Abkehr vom klima- und energiepolitischen Transformationskurs auszugehen, wohl aber von einer Verschiebung der Prioritäten.

## Ausgangslage: Kolumbien als Exporteur fossiler Energien

Kolumbien ist weiterhin Nettoenergieexporteur. Die Exporte fossiler Energieträger konzentrieren sich auf Kohle und Rohöl; diese Energieträger machten 2023 etwa 10 Prozent der Staatseinnahmen, 35 Prozent der Exporte und etwa 4 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung aus. Damit bleibt der Sektor fiskalisch und außenwirtschaftlich zentral. Kolumbien ist der weltweit sechstgrößte Kohleexporteur und der viertgrößte Ölexporteur Lateinamerikas.

Doch die Verlässlichkeit dieses auf fossilen Energien basierenden Exportmodells steht unter Druck. Die Internationale Energieagentur (IEA) erwartet, dass die globale Ölnachfrage bis zum Ende des Jahrzehnts nur noch schwach wächst und sich um 2030 auf einem Plateau einpendelt. Die globale Kohlenachfrage hat nach ihrer Einschätzung bereits ein Plateau erreicht und dürfte bis 2030 weitgehend stagnieren, bevor sie leicht zurückgeht. Für Kolumbien wird es riskant, sich für die langfristige Entwicklungs- und Fiskalplanung auf die Einnahmen aus dem Export fossiler Energien zu verlassen. Dem Land drohen bis 2050 beträchtliche wirtschaftliche Verluste, wenn es die sinkende Nachfrage nach fossilen Brennstoffen und damit verbundene Transitionsrisiken nicht frühzeitig berücksichtigt. In einer Welt, die ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen entsprechend dem Pariser Ziel, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, reduziert, könnte Kolumbien bis 2050 mehr als 88 Milliarden US-Dollar an Wirtschaftsleistung verlieren – rund 27 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 2019.

Hinzu kommen sinkende Vorkommen und Produktionsniveaus, was neben künftigen Exporterlösen auch die heimische Versorgungssicherheit gefährdet. Die in Kolumbien nachgewiesenen Ölreserven decken ungefähr 7,2 Jahre, die Gasreserven 5,9 Jahre. Zugleich bleibt die heimische Energienutzung stark fossil geprägt. Zwar wird Kolumbiens Strom überwiegend aus Wasserkraft erzeugt, doch Strom machte 2024 nur 18 Prozent des Endenergie-

verbrauchs aus. Vor allem Verkehr und Industrie hängen weiter von fossilen Energieträgern ab: Öl deckte rund 90 Prozent der Nachfrage des Verkehrssektors, Kohle rund 40 Prozent des Energiebedarfs der Industrie. Bereits heute importiert Kolumbien Benzin, Diesel und Erdgas. Zusätzliche Gasimporte und der Ausbau entsprechender Infrastruktur würden die Ersatzversorgung teurer und kapitalintensiver machen. Der Versuch, Teile der Gasversorgung über Venezuela abzusichern, bleibt angesichts beschädigter Infrastruktur, politischer Volatilität und Sanktionsunsicherheit riskant.

Auch zunehmende Klimarisiken stellen Kolumbien schon jetzt vor große Herausforderungen: Die langanhaltenden El-Niño-Dürren im Jahr 2024 wirkten sich negativ auf die Wasserkraft aus, die für etwa zwei Drittel der Stromerzeugung genutzt wird.

Die angespannte Haushaltslage verschärft die beschriebenen Verwundbarkeiten. Das Haushaltsdefizit und die öffentliche Verschuldung sind seit 2024 gestiegen; Risikoaufschläge bleiben erhöht und private Investitionen schwach. Daraus resultiert ein enger wirtschafts- und finanzpolitischer Handlungsspielraum.

Die kolumbianische Regierung steht folglich von zwei Seiten unter Druck: Außenwirtschaftlich sind auf fossilen Energien beruhende Exportmodelle langfristig ein Risiko, auch wenn kurzfristige Preisschocks infolge geopolitischer Krisen und Konflikte die Export- und Staatseinnahmen zeitweise erhöhen können. Binnenwirtschaftlich schrumpft die heimische fossile Basis, während der Energiebedarf weiterhin zum großen Teil fossil gedeckt wird.

## Petros Reformkurs

Petros ambitionierte Klima- und Energiepolitik hat versucht, dieser außen- und binnenwirtschaftlichen Verwundbarkeit entgegenzuwirken. Sie war Teil eines umfassenderen sozial-ökologischen Reformanspruchs. Die Agenda verband Dekarbonisierung und Energiesouveränität mit dem

Schutz von Biodiversität, Wasserressourcen und Wäldern. Petro versprach marginalisierten Gruppen mehr Mitsprache und soziale Teilhabe sowie niedrigere Energiekosten für einkommensschwache Haushalte. Unterstützung für und Widerstand gegen den eingeschlagenen Kurs verlaufen daher nicht entlang einer einfachen Konfliktlinie zwischen Klimaschutz und fossilem Status quo, sondern hängen stark von Beschäftigung, kommunalen Einnahmen, Versorgungssicherheit und Energiepreisen ab.

## Umweltpolitik

Wie dies die zentralen Reformfelder prägt, wird in der Umweltpolitik besonders deutlich. Rund 60 Prozent der kolumbianischen Treibhausgasemissionen entfallen auf den Sektor Landwirtschaft, Forstwirtschaft und sonstige Landnutzung (AFOLU). Entwaldung, Walddegradation und extensive Viehwirtschaft sind wesentliche Treiber. Die extreme Konzentration von Landeigentum und unsichere Landtitel haben den bewaffneten Konflikt zwischen Staat, Guerrillas, paramilitärischen Gruppen und kriminellen Netzwerken über Jahrzehnte genährt. Dies erschwert Waldschutz, ökosystembasierte Anpassung, Projekte zu erneuerbaren Energien und das Erschließen alternativer Einkommensquellen. Petros Landreform ist daher auch für die Umsetzung seiner Umwelt-, Klima- und Energiepolitik essenziell.

Diese Umsetzung soll sichergestellt werden durch Maßnahmen wie die Ratifizierung des Escazú-Abkommens, das Beteiligung und Rechtsschutz in Umweltfragen sowie den Schutz von Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger:innen stärken soll, und die Ausweitung von Schutzgebieten und von formalisierten Kompetenzen indigener Autoritäten. Die Entwaldung sank zwischen 2021 und 2023 um gut 54 Prozent und erreichte damit den niedrigsten Wert seit Beginn der Messreihe. Der erneute Anstieg 2024 verdeutlicht jedoch, dass die Fortschritte fragil bleiben und strukturelle Treiber der Waldverluste bislang nicht nachhaltig eingedämmt sind.

## Klimapolitik

Kolumbien hat sich mit seiner 2021 veröffentlichten langfristigen Klimastrategie zur Klimaneutralität bis 2050 bekannt. Im September 2025 hat das Land bei den Vereinten Nationen (UN) seinen aktualisierten nationalen Klimaschutzbeitrag (NDC) für den Zeitraum bis 2035 eingereicht; damit hat die Regierung ihren Pfad zur Klimaneutralität bis 2050 unter dem Pariser Abkommen weiter konkretisiert. Das bestehende Ziel für 2030 – eine Minderung um 51 Prozent gegenüber dem Business-as-usual-Szenario – wird durch einen Emissionskorridor für 2035 ergänzt: Kolumbien will seine Treibhausgasemissionen dann auf 155 bis 161 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Jahr begrenzt haben. Der aktualisierte NDC bündelt Minderungs-, Anpassungs- und Biodiversitätsziele stärker unter dem Leitbild einer sozial-ökologischen Transformation. Er formuliert zudem genaue Schritte für eine Roadmap zur schrittweisen Abkehr von fossilen Energieträgern und zum Abbau von Subventionen für Letztere; vorgesehen sind etwa ein Subventionsinventar und Reformvorschläge bis 2027 sowie die Veröffentlichung der Roadmap bis 2029.

## Energiepolitik

Das Konzept einer gerechten Energiewende wurde von der Regierung Petro seit Ende 2022 über einen landesweiten Dialogprozess vorbereitet und in der »Hoja de Ruta para la Transición Energética Justa« verschriftlicht. Der Nationale Entwicklungsplan 2022 – 2026 übersetzt diesen Kurs in konkrete Programme, darunter Energiegemeinschaften, die Gemeinden eine dezentrale Produktion erneuerbarer Energien ermöglichen. Ergänzend setzt die Regierung auf Programme zur Substitution von Brennholz in Haushalten, auf Energieeffizienzmaßnahmen, Elektrifizierung des Verkehrs und das Programm »Colombia Solar«. Letzteres verbindet die Entlastung einkommensschwacher Haushalte mit einer dezentralen Energieversorgung und der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen. Dies

gelingt, indem Stromsubventionen für einkommensschwache Haushalte teilweise in Investitionen in Solaranlagen überführt werden. Parallel dazu bekräftigte die Regierung ihre Linie gegenüber fossilen Energieträgern: Neue Explorationsverträge für Kohle, Öl und Gas werden nicht mehr vergeben, laufende Verträge bestehen jedoch fort. Mit der politischen Adressierung der Angebotsseite fossiler Energieträger nimmt Kolumbien unter denjenigen Ländern des Globalen Südens, die fossile Brennstoffe exportieren, eine einzigartige Stellung ein.

Der Ausbau erneuerbarer Energien kommt unterschiedlich schnell voran. Solarenergie und dezentrale Projekte haben deutlich zugelegt; der Anteil nichtkonventioneller erneuerbarer Energien am Strommix Kolumbiens ist seit 2022 stark gestiegen. Bis Ende 2024 erreichte die installierte Solarkapazität mit 1,9 Gigawatt etwa 9 Prozent der installierten Stromerzeugungsleistung des Landes. Zugleich verläuft der Ausbau großer Windenergieprojekte schleppend, vor allem im Departement La Guajira. Gründe sind Netzengpässe, regulatorische Unsicherheiten, unzureichende Konsultationen und Konflikte mit dort lebenden Wayúu-Gemeinschaften über Territorium, Nutzenverteilung und kulturelle Auswirkungen. Wasserkraft bleibt anfällig gegenüber Niederschlagsausfällen.

Regionale Kohleabhängigkeit, insbesondere in den Departements Cesar und La Guajira, wo Beschäftigung und kommunale Einnahmen weiterhin stark an den Kohlektor gebunden sind, lässt sich nur schwer überwinden. Wirtschaftliche Diversifizierung und der Aufbau tragfähiger Alternativen zu Kohle – etwa neue Zuliefersegmente oder Tourismus bzw. grüner Wasserstoff und erneuerbare Energien – blieben bislang insgesamt fragmentiert und können Exporterlöse und Staatseinnahmen aus fossilen Energien kurzfristig nicht ersetzen. Neben fehlenden Investitionen und regulatorischen Unsicherheiten verhindern unklare Land- und Beteiligungsfragen sowie begrenzte lokale Kapazitäten Skaleneffekte.

Bei der Elektromobilität sind konkrete Fortschritte sichtbar: Steuerliche und regulatorische Anreize wurden verankert

und zuletzt präzisiert. Allein von Januar bis Mai 2025 wurden in Kolumbien 6.153 neue Elektrofahrzeuge zugelassen, ein Plus von 252 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bogotá zählt zudem zu den Städten mit den größten E-Bus-Flotten Lateinamerikas. Beim Abbau von Subventionen für fossile Energien hat die Regierung erste Schritte eingeleitet, vor allem durch Anpassungen im Fonds zur Stabilisierung der Kraftstoffpreise (FEPC) und durch – wenn auch stark umstrittene – Vorschläge zur Reduzierung von Dieselsubventionen.

## Faktor Finanzierung

Die Umsetzung von Petros Agenda hängt wesentlich von der Finanzierung ab. Angesichts der fiskalisch schwierigen Phase blieb die kolumbianische Regierung während seiner Amtszeit in hohem Maße auf Einnahmen aus fossilen Energien angewiesen. Kolumbien benötigt für Energiewende, Anpassung an den Klimawandel und sozial-ökologische Transformation erhebliche zusätzliche Investitionen, die die fiskalischen Möglichkeiten des Staates deutlich übersteigen (bis 2030 jährlich 7 – 10 Prozent des BIP). Mit einer Länderplattform, deren Kern ein Portfolio priorisierter Vorhaben ist, versucht die Regierung, die Finanzierung für diesen Umbau zu bündeln. Für die Vorhaben werden 40 Milliarden US-Dollar benötigt; die Länderplattform soll Mittel von Entwicklungsbanken, privaten Investor:innen und internationalen Partner:innen mobilisieren. Ergänzend soll der Abbau von Subventionen für fossile Energien fiskalischen Spielraum schaffen. Bislang konnte über die Plattform jedoch noch nicht die externe Finanzierung und Risikoabsicherung in der Größenordnung gesichert werden, wie sie für die Umsetzung von Petros Transformationsagenda erforderlich wäre.

## Internationale Führungsrolle bei der Abkehr von fossilen Energien

International hat Kolumbien unter Petro eine Führungsrolle übernommen: Als

glaubwürdiger und ambitionierter Akteur des Globalen Südens trat es in der UN-Klimadiplomatie agendasetzend auf – insbesondere in den Debatten um die Abkehr von fossilen Energieträgern (Transition Away from Fossil Fuels, TAFF), die 2023 auf der 28. Vertragsstaatenkonferenz (COP28) in Dubai beschlossen wurde. Drei Jahrzehnte nach Beginn des COP-Prozesses riefen die Vertragsstaaten in Dubai erstmals gemeinsam dazu auf, auf gerechte, geordnete und faire Weise von fossilen Brennstoffen in Energiesystemen wegzukommen (vgl. SWP-Aktuell 2/2024). Kolumbiens globale Führungsrolle ist angesichts diplomatischer Verwerfungen mit Washington besonders bemerkenswert. Die USA bleiben für Kolumbien ein wichtiger Handels-, Investitions- und Sicherheitspartner. Zugleich versucht die Trump-Regierung, mit einer zunehmend aggressiven, auf fossile Energien setzenden Außenpolitik Energiedominanz zu erringen, und attackiert internationale Klimaschutzbemühungen an verschiedenen Fronten.

Petros Klima- und Energiediplomatie zielt darauf, Allianzen und Partnerschaften für die Beschleunigung der Energiewende aufzubauen. Darüber hinaus will sie Kolumbien sichtbar machen als Exportstaat fossiler Energien, der eine angebotsseitige Klimapolitik betreibt. Kolumbien unterstützt als erstes Land Lateinamerikas und als bis dato größter Produzent fossiler Brennstoffe den Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty, ist der Powering Past Coal Alliance (PPCA) beigetreten und engagiert sich als Friend der Beyond Oil and Gas Alliance (BOGA). Im März 2026 kündigte Petro an, den Rückzug seines Landes aus dem internationalen Investor-State-Dispute-Settlement (ISDS)-System einzuleiten, um finanzielle und rechtliche Risiken seiner Energiepolitik zu begrenzen und staatliche Handlungsspielräume gegenüber Investoren in fossile Energien zurückzugewinnen.

Auf der COP30 in Belém gehörte Kolumbien zu den treibenden Kräften hinter dem Versuch, die in Dubai beschlossene Abkehr von fossilen Energieträgern in einen verbindlicheren internationalen Folgeprozess zu übersetzen. Eine breite Staatengruppe

von rund 80 Ländern forderte eine globale Roadmap mit klaren Etappen, wissenschaftlicher Kohärenz, differenzierten Verantwortlichkeiten und einer verlässlichen Finanzierungsgrundlage (vgl. SWP-Aktuell 1/2026). Eine solche Roadmap konnte zwar nicht im offiziellen COP-Ergebnis festgeschrieben werden; die brasilianische COP-Präsidentschaft führt den Prozess jedoch außerhalb der formalen Verhandlungen weiter.

Mit der von der kolumbianischen Regierung maßgeblich initiierten und gemeinsam mit den Niederlanden ausgerichteten Santa-Marta-Konferenz im April 2026 unterstrich Kolumbien seine Führungsrolle im TAFF-Prozess. Die Konferenz brachte eine Staatengruppe zusammen, die zu weiteren Schritten bereit ist, und setzte die Arbeit an Roadmaps, Finanzierungsfragen und konkreten Umsetzungsoptionen außerhalb der formalen COP-Verhandlungen fort. Die kolumbianische Regierung hat damit entscheidend dazu beigetragen, TAFF in eine Umsetzungsdebatte zu überführen und über neue Koalitionen und Formate politisch weiterzuverfolgen – gegen den starken Widerstand anderer Staaten, der im Abschlussplenium der COP30 offen zutage trat.

## Nationale Umsetzungsdefizite und politische Ungewissheit

Parallel zu Kolumbiens internationalem Engagement zeigte sich national eine deutliche Schwäche bei der Umsetzung und institutionellen Verankerung von Petros Kurs: Häufige Personalwechsel in Ministerien, geringe bürokratische Kontinuität, begrenzte technokratische Kapazitäten und ein in mehreren Reformfeldern gleichzeitig überlasteter Staatsapparat erschwerten es, Petros strategische Ziele umzusetzen. Auf sorgfältig konzipierte Instrumente wie die Roadmap für die gerechte Energiewende folgten nur bedingt klare Zuständigkeiten, Budgetpfade und operative Programme. Dies behindert auch internationale Unterstützung.

Hinzu kommen verfestigte Interessen- und Abhängigkeitsstrukturen zwischen Zentralstaat, Unternehmen, deren Geschäfts-

modell auf fossilen Energien basiert, Departements, die von Förderabgaben abhängig sind, Gemeinden und lokalen Beschäftigungsregimen in Förderregionen: Petros personalisierte und populistische Kommunikation hat dies noch vertieft. Zwar hat sie die Sichtbarkeit seiner Reformagenda erhöht, gleichzeitig aber die Bildung einer Koalition erschwert, Widerstände verstärkt und die Energiewende enger mit seiner Person verknüpft, als es für ihre politische Fortführung über seine Amtszeit hinaus günstig wäre.

Die Präsidentschaftswahl 2026 verschärft die Richtungsfrage der von Petro angestoßenen Reformen. Vieles spricht dafür, dass der Ausbau erneuerbarer Energien, der Netze und der Elektromobilität in jedem Szenario weiterverfolgt wird; zu groß sind inzwischen die geoökonomischen, fiskalischen und versorgungspolitischen Zwänge.

Unter einer Rechtsregierung unter Espriella dürfte sich indes das Tempo verringern und der Schwerpunkt verschieben: Die Energiewende würde mehr als Frage von Versorgungssicherheit und wirtschaftlicher Modernisierung behandelt, weniger als sozioökologisches Transformationsprojekt. Neue Öl- und Gaskonzessionen sowie eine erneute Fracking-Debatte würden wahrscheinlicher, Kolumbien träte wohl kaum noch als treibende Kraft einer internationalen Transformationsagenda auf, die die Angebotsseite adressiert. Fragen sozialer Teilhabe und Verteilungsgerechtigkeit würden in den Hintergrund rücken. Eine linke Nachfolgeregierung unter Cepeda hingegen dürfte Petros Grundrichtung weitestgehend fortführen, stünde aber unter dem Druck, die Umsetzung, die Mehrheitsbildung über Petros politische Basis hinaus sowie das Investitionsvertrauen spürbar zu verbessern.

## Kooperation EU–Kolumbien: Ein Referenzfall für wirksame Transformationspartnerschaften

Für Deutschland und die EU geht die Bedeutung der Kooperation mit Kolumbien über das bilaterale Verhältnis hinaus. Petro hat mit seinem Reformkurs international Auf-

merksamkeit erregt. Die Frage, wie dieser gelingen kann, ohne kurzfristig wirtschaftliche Stabilität, Versorgungssicherheit und sozialen Zusammenhalt zu gefährden, ist relevant für viele fossile Brennstoffe exportierende Länder des Globalen Südens. Ob und unter welchen Bedingungen Europa einen solchen Transformationsprozess unterstützt, dürfte daher genau verfolgt werden. Dies hat auch Implikationen für die Glaubwürdigkeit Deutschlands und der EU in multilateralen Koalitionen zur Umsetzung der in Dubai beschlossenen Abkehr von fossilen Energieträgern. Gelingt es, Kolumbiens hohe Ambitionen verlässlich zu begleiten, könnte dies die Rolle Deutschlands und der EU als Partner für andere Transformationsländer stärken.

## Derzeitige Schwerpunkte

Die EU ist Kolumbiens drittgrößter Handelspartner und hinter den USA zweitgrößte Quelle ausländischer Direktinvestitionen. Deutschland engagiert sich im kolumbianischen Friedensprozess. Kolumbien ist einer der drei bilateralen Partner des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Lateinamerika.

Unabhängig vom Wahlausgang bleibt Kolumbien für Deutschland und die EU ein wichtiger Partner. 2025 vereinbarten die EU und Kolumbien, Verhandlungen über ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aufzunehmen, das unter anderem die Themen Klima und Umwelt, erneuerbare Energien, Sicherheit sowie die Bekämpfung von Drogenhandel und organisierter Kriminalität beinhalten soll. Den Rahmen der klima- und energiepolitischen Zusammenarbeit bilden die 2022 unterzeichnete Gemeinsame Erklärung zu Umwelt, Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung und der darauf aufbauende hochrangige Dialog. In den UN-Klimaverhandlungen arbeiten die EU und Kolumbien eng zusammen.

Für den Zeitraum 2021 – 2027 stellt die EU Kolumbien mindestens 106 Millionen Euro bereit, die größere Investitionen unter der Global-Gateway-Strategie mobilisieren sollen. Die Investitionsagenda umfasst für

Petros Reformkurs wichtige Bereiche wie erneuerbare Energien, grünen Wasserstoff und regionale Stromintegration. Zudem unterstützt die EU nachhaltige Finanzierungsinstrumente (etwa die Umsetzung und Weiterentwicklung der grünen Taxonomie), Entwaldungsbekämpfung, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Wertschöpfungsketten.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind außerdem der Ausbau der Metro in Bogotá sowie der Auf- und Ausbau lokaler Elektrobustfertigung. Regionale EU-Programme wie Euroclima und AL-INVEST Verde ergänzen die Zusammenarbeit durch regulatorische Beratung, Kapazitätsaufbau, Innovationsförderung und Technologietransfer. Die Europäische Investitionsbank (EIB) hat ihre auf der COP27 zugesagte Unterstützung der gerechten Energiewende seit 2024 durch Darlehen für Elektromobilität, Stromnetze, die Erzeugung erneuerbaren Stroms und Solarprojekte konkretisiert.

Doch insgesamt betrachtet bleibt die Kooperation hinter ihrem möglichen strategischen Gewicht zurück. Die EU wird von kolumbianischen Partner:innen als fragmentierter, zögerlicher und strategisch nur begrenzt sichtbarer Akteur wahrgenommen. Finanzierung setzt oft erst an, wenn Projekte bereits weit vorangeschritten sind; in frühen, riskanten Phasen, in denen Projektentwicklung, Genehmigungen, Konsultation, soziale Absicherung und erste Garantien erforderlich sind, ist die EU wenig präsent. Auch eine bezifferte Zusage der EU gegenüber der kolumbianischen Länderplattform ist bislang ausgeblieben. Aus kolumbianischer Sicht sind überdies die Verfahren von Global Gateway schwer lesbar: Es ist nicht immer klar, welche Institution wofür zuständig ist, wie Projekte priorisiert und lokale Akteur:innen eingebunden werden. Auf europäischer Seite erschweren Koordinationsdefizite zwischen EU-Institutionen und Mitgliedstaaten eine strategische Bündelung (vgl. SWP-Aktuell 67/2024). Die Kooperation leidet aus europäischer Sicht darunter, dass es auf kolumbianischer Seite eine hohe personelle Fluktuation und Verzögerungen gibt und die administrative Kontinuität unsicher ist.

## Empfehlungen an Deutschland und die EU für eine verlässliche Umsetzung

Für Deutschland und die EU kommt es in der Zusammenarbeit mit Kolumbien nun weniger auf neue Formate an als vielmehr darauf, bereits Vereinbartes verlässlich(er) umzusetzen. Ein klareres Angebot von Team Europe sollte vorhandene Instrumente wie Global Gateway enger an Kolumbiens Länderplattform ausrichten. Es braucht eine begrenzte Zahl gemeinsam mit Kolumbien priorisierter Vorhaben und klare Zuständigkeiten zwischen Europäischer Kommission, Europäischem Auswärtigem Dienst (EAD), Mitgliedstaaten, EIB und Durchführungsakteuren. Ziel sollte neben größerer Kohärenz vor allem frühere Handlungsfähigkeit, ein besserer Anschluss an kolumbianische Prioritäten sowie Transparenz über die Finanzierung sein.

Vorrangig sollten Deutschland und die EU Kolumbien dabei unterstützen, die Roadmap für eine gerechte Energiewende und das bestehende Transformationsportfolio umzusetzen. Die lokale und soziale Ausgestaltung des Wandels entscheidet mit darüber, ob Petros Reformkurs politisch Bestand hat, und sollte zum Kern der Kooperation werden. Indigene, afro-kolumbianische und bäuerliche Gemeinschaften müssten frühzeitig und mit materiellen Rechten eingebunden werden. Konsultation allein reicht dafür nicht aus. In Cesar und La Guajira sollten Deutschland und die EU regionale Just-Transition-Ansätze unterstützen, die Qualifizierung, soziale Infrastruktur und alternative Wertschöpfung miteinander verbinden und lokale kleine und mittlere Unternehmen einbeziehen.

Um schneller Wirkung zu erzeugen und diese diplomatisch sichtbar zu machen, empfiehlt es sich, den Fokus auf den pragmatischen Ausbau bestehender Kooperationsfelder zu legen: erneuerbare Energien, öffentlicher Nahverkehr, Entwaldungsbekämpfung sowie die Schnittstellen von Umweltpolitik, organisierter Kriminalität und illegaler Ökonomie. Industriepolitisch

sollten Deutschland und die EU auf Bereiche setzen, in denen in Kolumbien bereits Nachfrage, Regulierung und erste Kapazitäten vorhanden sind, zum Beispiel öffentliche Elektromobilität, Ladeinfrastruktur, Netztechnik und ausgewählte Zuliefersegmente. Deutsche und europäische Finanzierung sollte früher ansetzen und mehr Risiken übernehmen. Zuschüsse, Garantien, Mischfinanzierungen und projektvorbereitende Mittel könnten Vorhaben in frühen Entwicklungsphasen absichern und weitere Investitionen anziehen.

Klima- und energiediplomatisch sollten Deutschland und die EU die Zusammenarbeit mit Kolumbien nutzen, um den Prozess rund um die Debatte zur Abkehr von fossilen Energieträgern über politische Symbolik hinauszuführen. Es wäre wünschenswert, dass die EU gemeinsam mit Kolumbien, den Niederlanden und den Ausrichtern der nächsten TAFF-Konferenz Tuvalu und Irland darauf hinarbeitet, die Basis der Unterstützer zu vergrößern. Eine breitere Einbindung relevanter nichtstaatlicher Akteure und eine institutionelle Verankerung sollten dabei von Beginn an mitgedacht werden. Wichtig ist, die plurilaterale Dynamik langfristig mit dem UN-Klimaprozess und der zweiten globalen Bestandsaufnahme zu verbinden. Der Austausch über TAFF-Roadmaps sollte zudem fester Bestandteil im hochrangigen Dialog zwischen der EU und Kolumbien werden.

Für Deutschland und die EU steht mehr auf dem Spiel als der Erfolg bilateraler Kooperation: Gelingt es, die bislang eher punktuelle Kooperation in eine kohärentere, resiliente und stärker lokal verankerte Partnerschaft zu überführen, würde Deutschlands und Europas Klima- und Energie-diplomatie an Glaubwürdigkeit gewinnen gegenüber Ländern, die fossile Brennstoffe exportieren. Überdies würde der Anspruch untermauert, die globale Energiewende sozial gerecht zu begleiten. Beides würde auch ein klares Argument dafür liefern, die internationale Debatte über eine gerecht gestaltete Abkehr von fossilen Energieträgern voranzutreiben.



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

### SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN (Print) 1611-6364  
ISSN (Online) 2747-5018  
DOI: 10.18449/2026A30

*Jule Könnike ist Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe Globale Fragen und Leiterin des Projekts »Deutsche Klimadiplomatie im Kontext des European Green Deal«. Sie ist Mitglied des Forschungscusters Klima- und Energiepolitik.*